III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 2875

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 114	22. Oktober 1920	י' חשון תרפ"א	Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Die litauischen Juden und der polnisch-litauische Konflikt.

(Interview mit dem litauischen Alt-Staatssekretär Rosenbaum.)

Der ehemalige litauische Staatssekretär des Aeussern, Rechtsanwalt S. Rosenbaum, Präsident des Jüd. Nationalrates in Litauen, der gegenwärtig in Paris weilt, um bei den zuständigen politischen Stellen zu Gunsten einer friedlichen Lösung des polnisch-litauischen Konfliktes zu plädieren, hatte die Freundlichkeit, dem Pariser G.-Korrespondenten der „Jüdischen Presszentrale Zürich" folgende Angaben über die Rückwirkung dieses Konfliktes auf die Lage der Juden zu machen. Der polnisch-litauische Konflikt wird von Rosenbaum als jüd. Frage betrachtet. Den litauischen Juden sei es gelungen, sich eine menschenwürdige Position zu schaffen. Sie seien gleichberechtigte Bürger und seien die Beziehungen des litauischen Volkes und der Regierung zu den Juden vollkommen loyal. Auf Grund eines Spezialgesetzes seien die Juden in autonomen Gemeinden und diese wiederum im Jüd. Nationalrat organisiert. Dem Nationalrat sei es gelungen, die ärmeren Schichten der jüd. Bevölkerung ökonomisch zu organisieren und dadurch ihren Lebensstandard zu heben. Auch in kultureller Beziehung hätten Nationalrat und jüd. Gemeinden bis heute recht viel geleistet. Die Juden nehmen bedeutenden Anteil am Aufbau des litauischen Staatswesens und erfreuen sich einer tatsächlichen Autorität im Lande. So sei z. B. der Auftrag, den Entwurf der litauischen Konstitution zu entwerfen, Rosenbaum zu teil geworden. Auch an den Friedensverhandlungen zwischen Litauen und Russland nahm Rosenbaum regen Anteil. Dr. Soloweitschik sei als Minister für jüd. Angelegenheiten auch Mitglied des Ministerkabinetts, wo auf seine Meinung viel Gewicht gelegt werde. Dies alles ginge verloren, wenn Litauen — in welcher Form immer — unter polnischen Einfluss käme oder wenn die wichtigsten Städte Litauens, wie z. B. Wilna, Grodno, Bialystok usw. polnisch werden sollten, abgesehen davon, dass diese Städte dann auch ökonomisch zu Grunde gehen würden.

„Wenn ich über die Lage der Juden in Litauen spreche — führte Rosenbaum des weitern aus — so habe ich nicht nur die litauischen Juden, sondern das gesamte Ostjudentum im Auge, denn die Position, die sich die Juden in Litauen erworben haben und noch verschaffen können, bildet für das übrige Ostjudentum geradezu ein Programm. Das Beispiel Litauens könnte mit der Zeit auch für die anderen Länder als Muster dienen. Gegenwärtig ist allerdings der Antisemitismus in Estland, Livland und namentlich in Polen derart, dass es momentan undenkbar ist, dass die Juden in erwähnten Ländern eine derartige Stellung einnehmen könnten, wie in Litauen. Für die Zukunft jedoch wäre noch vieles zu erhoffen, wenn erwähnte Völker sich durch das von Litauen gegebene Beispiel überzeugen, dass sie durch friedliches Zusammenleben mit den Juden und durch deren tätige Teilnahme am Aufbau des Landes nur gewinnen können. Aber die litauischen Juden haben auch viel „nähere" Gründe, eine friedliche Lösung des polnisch-litauischen Konfliktes sehnsüchtig herbeizuwünschen. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, dass die blutige Entscheidung des Konfliktes durch Waffenmacht, vor allem Judenpogrome hervorrufen würde. Es genügt auf die in letzter Zeit stattgefundenen Pogrome in Bialystok, Grodno, Wilna, Minsk, Borissow, Smolewitschi, Seiny hinzuweisen. Die Städte Borissow und Seiny sind gänzlich vernichtet und dem Erdboden gleichgemacht worden. In Minsk wurden einige Strassen bombardiert und vernichtet. In Grodno, das ebenfalls bombardiert wurde, wurden über 200 Juden ermordet. In der Umgebung von Wilna sind 15 Juden, hauptsächlich Greise und Kinder meuchlings ermordet worden. In Wilna selbst, wo während der ganzen polnischen Okkupationszeit geradezu ein ununterbrochener Pogrom stattfand, begnügten sich die Polen vor ihrem Abzug mit Raub und Plünderung der jüd. Handelsläden."

Nach Rosenbaums Ansicht sei es eine Ehrenpflicht der allweltlichen Judenheit, mit Anstrengung aller Kräfte in dieser schweren Zeit den litauischen Juden beizustehen und dahin zu wirken, dass die Selbständigkeit Litauens und damit auch das friedliche Leben der dortigen Juden nicht von Barbarenhänden zerstört werde.

Eröffnung der palästinensischen Delegiertenversammlung.

Die Delegiertenversammlung wurde am 7. Okt. in Anwesenheit von 250 Delegierten, darunter auch einiger Frauen, eröffnet. In einem Begrüssungsschreiben drückte Samuel seine Hoffnung aus, dass die Delegiertenversammlung segensreich für den Jischub sein werde und das friedliche Zusammenleben der Juden mit den anderen Konfessionen verstärken wird. Nashashibi, Stadtpräsident von Jerusalem, hielt eine Ansprache und drückte seine Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben aller Palästinenser aus. Ussischkin forderte zu Einmütigkeit und Opferwilligkeit auf. Von Jellin, der am Kommen verhindert war, lief ein Begrüssungsschreiben ein, ebenso von Weizmann und Sokolow. Zum Ehrenpräs. wurde Rabbi Jakob Meir gewählt und ins Präsidium je ein Mitglied der Achduth Haawodah, Hapoel Hazair, der Sephardim, der Jemeniten, der Kolonisten und der Parteilosen. Am 8. Okt. begaben sich die Delegierten an die Klagemauer. Es wurde beschlossen, sich in einem Aufruf an die Regierungen der Völker von Westeuropa und Amerika und an den Völkerbund zu wenden, mit der Bitte, alle Mittel zu ergreifen, um den Judenmetzeleien in Polen, Ukraine, Galizien und Ungarn ein Ende zu bereiten. Sonntag wurde unter grosser Begeisterung beschlossen, einen nationalen Waad zu bilden, der gemeinsam mit der Zion. Org. vorgehen soll. Diese beiden sollen von der Regierung anerkannt werden und ihnen soll das Recht zustehen,

Auflagen für die Bedürfnisse des Jischub zu bestimmen. Bei der Abstimmung über den nationalen Waad, enthielten sich die orthodoxen Delegierten der Stimme.

Das palästinensische Gesetz über Bodentransaktionen.

Nachdem nach Eröffnung des Bodenkastasters, der Bodenverkehr in Palästina freigegeben ist, wurde folgendes Gesetz über die Bodentransaktionen, mit Wirkung vom 1. Okt. erlassen. Ab 1. Okt. ist der Bodenverkehr freigegeben. Jede Bodentransaktion, ausser Pacht bis zu drei Jahren, muss durch das Tabularamt genehmigt und durch die Regierung bestätigt werden, ansonst es jeder Rechtsgültigkeit ermangelt. Alle, die auf illegale Weise Boden übertragen oder erwerben, laufen Gefahr bestraft zu werden. Hauptgrund der Beschränkungen im Bodenverkehr ist die Beseitigung jeder Bodenspekulation und der damit verbundenen Preistreiberei. Transaktionen sind nur gestattet, wenn die Erwerber ihn bebauen (landwirtschaftlicher Boden) oder entwickeln (städtischer Boden) wollen. Des weiteren bezweckt die Regierungsaufsicht Schutz des Besitzes der Kleinbauern. Es wird also verunmöglicht, dass der für seine und seiner Familie Erhaltung notwendige Boden verkauft wird. Falls er Pächter ist, wird dem Bodenbesitzer verunmöglicht, den Boden zu veräussern, ohne für ihn genügende Parzellen zurückzulassen. Die Grösse des Bodens, der also für die Kleinbesitzer reserviert bleibt, wird in den verschiedenen Teilen des Landes verschieden sein, gemäss der Güte des Bodens, und wird durch die Bezirksverwalter bestimmt werden.

Jede Bodentransaktion muss durch ein Gesuch zu Handen des Bezirksverwalters, durch Vermittlung des Tabularamtes, belegt werden, u. zw. jede Transaktion, sowohl Verkauf und Verschenkung, als auch Verpfändung und allerlei Verpachtungen für länger als 3 Jahre. Dem Gesuch muss ein Zeugnis beigelegt werden, über das Erwerbsrecht des Uebertragenden und das Besitzzeugnis. Die Tabularämter werden allen, die Bodentransaktionen vornehmen, alle gewünschten Details geben und sie mit Formularen versehen. Wenn ein Gesuch durch einen Agenten oder Vormund eingereicht wird, muss darin auch der Name des Käufers angegeben werden und die Registrierung auf dessen Namen geschehen. Registrierungen auf Namen anderer Personen sind ungültig und gewärtigen die Parteien einer Bestrafung. Der Registrator wird prüfen, ob den Anforderungen des Gesetzes nachgekommen wird und ob der Uebertragende das Erwerbsrecht besitzt. Falls alles ordnungsgemäss befunden wird, wird die Sache dem Bezirksverwalter zur Approbation vorgelegt.

Der Bezirksverwalter gibt seine Approbation bei Erfüllung folgender Bedingungen: Der Bodenerwerber muss palästinensischer Bürger sein, nicht mehr als für 3000 Pf. Bodenerwerben und nachweisen können, dass er den Boden selbst bebauen oder unmittelbar entwickeln will. Dies soll den Erwerb des Bodens durch ausländische Spekulanten und die Latifundienbildung verunmöglichen. Ausserdem werden, um jede Spekulation zu hintertreiben, noch folgende Beschränkungen erlassen: Falls der Boden innerhalb eines Jahres wieder übertragen werden sollte, wird nur dann die Genehmigung erteilt, wenn genügende Gründe angegeben werden, wie zum B. Todesfall des Besitzers und Wunsch seiner Erben, den Boden zu verkaufen, wobei Kauf des Bodens, um ihn mit Gewinn weiter zu veräussern verboten ist. Der Oberkommissär kann jede Bodentransaktion gestatten, wenn er davon überzeugt ist, dass dies zum Wohle der Allgemeinheit geschieht, wie auch alle jene Transaktionen, die der Bezirksverwalter nicht durchführen kann, sei es wegen des Wertes oder der Grösse des Bodens oder weil der Erwerber kein palästinensischer Bürger ist.

Gesellschaften und Vereine dürfen grössere Ländereien erwerben, wenn sie sie unmittelbar ausnützen wollen, z. B. zu Fabriken, Häuserbauten und dergl. für das Land notwendigen Investitionen. Das türkische Gesetz, das den Bodenerwerb durch Vereine eingeschränkt hat, wurde modifiziert, um die Initiative zu unterstützen, jedoch werden diese Transaktionen nur gestattet werden, wenn der Oberkommissär davon überzeugt sein wird, dass dies zum Wohle der Allgemeinheit geschieht. Der Oberkommissär kann alle Vorschläge der Bodenerwerber dem sog. Bodenkomitee zur Begutachtung vorlegen. Nach Erlangung der Approbation seitens des Bezirksverwalters oder des Oberkommissärs, wird der Erwerbstitel in die Tabularbücher eingetragen und eine Kopie beiden vertragsschliessenden Parteien ausgefolgt werden. Bis der Bodengerichtshof das Besitzrecht im ganzen Land anerkannt haben wird, leistet die Regierung keine Bürgschaft für den Erwerbstitel. Zwecks Entwicklung des Städtebaues wird die Regierung demnächst ein besonderes Gesetz herausgeben und werden alle, die städtischen Boden erwerben, den Satzungen des herauszugebenden Gesetzes unterliegen. Alle Bedingungen werden Interessenten in den Tabularämtern bekannt gegeben werden. Bis zum Erlass einer neuen Verordnung besteht das Verbot einer Urteilsfällung über Bodenverkauf weiter fort. Mit der Ausarbeitung einer Verordnung über Kredit- und Hypothekenbanken ist eine besondere Kommission betraut, und ist zu hoffen, dass eine oder mehrere Banken in Palästina werden gegründet werden, die den Bodenbesitzern ermöglichen, Anleihen durch Verpfändung des Bodens zu günstigeren Bedingungen als bisher zu erlangen. Bis dahin müssen die Bodenbesitzer geschützt werden. So dürfen bis dahin die Gerichte nur in ausserordentlichen Fällen mit Fragen des Bodenkaufes sich befassen. Eigentumsrechtsfragen werden nur durch den besonderen Bodengerichtshof, der bald seine Tätigkeit aufnehmen wird, behandelt werden. Inzwischen darf Gericht gehalten werden bezüglich Verteilung unbeweglicher Güter, deren Verteilung noch nicht vorgenommen worden ist, und der die Forderung Erhebende wird den Boden erhalten können durch amtliche Eintragung in die Tabularbücher. Demnächst wird eine Verordnung erlassen werden, wonach Forderungen gegen registrierte Bodenbesitzer, auf ein Gesuch hin, auf einem besondereren Blatte registriert werden können. Es wird verlangt, dass aller im Erbgange übergangene Boden binnen einem Jahre nach dem Tode des Erblassers registriert wird, was bezweckt, die Registrierung dem tatsächlichen Besitzstande anzupassen.

Die Bodenverpfändung wird nach dem im Kriege von der türkischen Regierung erlassenen Gesetze, das weit systematischer als das alte Wakufgesetz ist, geschehen, wonach der Boden beim Besitzer verbleibt und der Geldgeber nicht die Bedrängnisse des Schuldners ausnutzen kann.

Die Uebertragungsabgaben werden weit niedriger sein, als bisher. Bei Kauf oder Schenkungen wird die Abgabe 3% und bei Verpfändung 1% betragen. Bei Vererbung zwischen 1 bis 5% je nach dem Verwandtschaftsgrade der Erben. Diese niedrigen Taxen werden dazu beitragen, die Vermeidung der Registrierung zu unterlassen, umsomehr, da die bisher geforderten Stempelmarken für die Zeugnisse für Bodenübertragungen abgeschafft wurden.

Zum Schlusse sei noch einmal betont, dass jede nicht eingetragene Transaktion nicht nur ungültig, sondern auch Bestrafung der Parteien nach sich zieht, sobald nur der Fall zur Kenntnis des Tabularamtes oder der Gerichte gelangt. Der tatsächliche Rechtstitel des Besitzes an allen Gütern wird klargestellt werden, sobald der Bodengerichtshof im ganzen Lande die Erwerbstitel untersucht haben wird.

Chronik.

Litauen.

— Laut einem in London von Salzmann, dem Abgesandten des People Relief Committee, aus Kowno eingelangten Telegramm, befinden sich in Kowno und Umgebung 50,000 jüd. Flüchtlinge aus Wilna. Die lokalen Institutionen seien machtlos, um die Leiden der nackten und hungrigen Unglücklichen lindern zu können. 1000 Pfund werden sofort benötigt.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Wie das J. C. B. aus Kowno erfährt, bemächtigte sich der jüd. Bevölkerung beim Einmarsch der polnischen Truppen in Wilna schreckliche Panik. Die Strassen nach Wilkomir und Kowno waren von Flüchtlingen überfüllt. Trotz Anwesenheit der Missionen der Alliierten, auf deren Schutz die jüd. Bevölkerung hoffte, begannen die polnischen Legionäre zu exzedieren. Viele Frauen wurden geschändet und jüd. Hab und Gut geplündert. Die Zahl der Getöteten ist noch nicht festgestellt. Um so grösser wurde die Panik, als die Missionen Wilna verliessen und die Juden schutzlos den polnischen Soldaten preisgegeben blieben.

— Die litauische Gesandtschaft in London hat Bericht erhalten, dass mehr als 30 Juden in Wilna getötet worden seien. Viele wurden verwundet und würden noch schlimmere Exzesse erwartet. Seligowskis Truppen hätten die Stadt geplündert und zwängen die jungen Leute zur Einreihung in die Armee.

Polen.

— In einem dem Ministerrate erstatteten offiziellen Bericht über seine Reise durch Ostgalizien, erwähnt Ministerpräsident Witos die vorgebrachten Klagen der Juden über die von der ukrainischen

Armee begannenen unerhörten Greuel, die z. T. aufgezählt werden und betont die patriotische Haltung der jüd. Bevölkerung während der ganzen bolschewistischen Invasion und die ihm seitens der Juden dargebrachten Freude- und Dankgefühle über ihre Befreiung. Dieser offizielle Bericht des Ministerpräsidenten steht in merkwürdigem Gegensatz zu den ebenfalls „offiziellen" Berichten der polnischen Telegraphen-Agentur über das staatsfeindliche Verhalten der Juden.

— Ueber die von den Truppen des Generals Balachowicz beim Einmarsch in Pinsk verübten Greuel interpellierte Abg. Hirschhorn. Danach wären vom 24.—26. Sept. in Pinsk die Wohnungen aller Juden ausgeplündert worden. Mehr als zehn Tote, sechzig vergewaltigte Frauen, darunter auch die Wittwe des Rabbiners, sind die Trophäen Balachowicz'. Der Pogrom dauert nach einem Bericht vom 2. Okt. fort, wenn auch in kleinerem Masse. Das Eintreffen der regulären polnischen Truppen beruhigte die Bevölkerung.

— Abg. Farbstein interpellierte wegen des Verhaltens des polnischen Militärs in Sucha Wola, wo dem Rabbiner am Ringplatz vor einem ganzen Ulanenschwadron auf Befehl des Offiziers in Anwesenheit fast der ganzen christlichen Bevölkerung der Bart abgeschnitten und sodann ein Spiegel gereicht wurde, damit er sich selbst besehe. Zum Schluss musste der Rabbiner vor der ganzen Schwadron defilieren und den Soldaten danken. (Es ist dies die Interpellation, deren Nichtunterfertigung durch Abg. Rabb. Perlmutter so viel Staub in den jüd. Zeitungen Polens aufgewirbelt hatte.)

— Nachdem das Konzentrationslager in Jablonna, augenscheinlich auf Grund des unliebsamen Aufsehens, das es im Auslande hervorrief, liquidiert worden ist, scheint nun ein neues Jablonna in zweiter Auflage zu entstehen. Laut einer eingebrachten Interpellation wurden nämlich in Piotrkow besondere jüd. Strafkompagnien gebildet. Die Interpellation enthält auch Einzelheiten über die Behandlung dieser „Soldaten" durch ihre Vorgesetzten.

— Abg. Thon brachte eine Interpellation ein, wegen Nichtveröffentlichung im Gesetzblatte des zwischen Polen und den Alliierten abgeschlossenen Vertrages über den Schutz der Minoritäten, obwohl der Vertrag vom Reichstag ratifiziert worden ist. Trotz des Sejm-Beschlusses scheine also die Regierung den Minoritätenvertrag nicht als bindendes Gesetz anerkennen zu wollen, was mit ihren internationalen Verpflichtungen kollidiere.

— Abg. Hirschhorn interpellierte im Reichstage wegen der Entfernung der jüd. Schwestern aus den Militärspitälern.

— Die Lemberger Zeitungen berichten noch fortwährend über Greueltaten der Petljurabanden in den verschiedenen Städtchen Ostgaliziens unter Anführung der Namen der Getöteten und Verwundeten.

— Das misrachistische „Tachkemoni" Seminar wird in Warschau am 24. Okt. eröffnet werden. Das Oeffentlichkeitsrecht besitzende Lehrerseminar umfasst 8 Klassen, von denen die drei ersten Vorbereitungsklassen sind. Nach Beendigung des Seminars werden die Absolventen ein Rabbinerdiplom erhalten. Dieses Jahr werden nur die zwei ersten Vorbereitungsklassen eröffnet, in deren erste ausschliesslich 14—16 jährige und in deren zweite 15—17 jährige Schüler aufgenommen werden. Das Schulgeld beträgt 6000 Mark jährlich, jedoch werden besonders talentierten und armen Schülern Erleichterungen gewährt.

— Am 17. Okt. wurde in Lemberg das Heim für die jüd. Kriegswaisen eingeweiht.

— Der Warschauer Gemeinderat und Führer des „Bund", Heinrich Ehrlich, wurde verhaftet.

— Wie der „Jud" meldet, dürfte der neukreierte Posten des Obersten Feldrabbiners der polnischen Armee mit Rabbiner Dr. Mieses aus Galizien besetzt werden.

Ukraine.

Kischinew, 16. Okt (Damian.) Die Truppen Petljuras setzen die Pogrome fort. In Kamenetz-Podolsk wurden 300 Juden getötet.

Bessarabien.

— Da das frühere Stimmergebnis angezweifelt wurde, fand eine neuerliche Versammlung der Eltern der Schüler des 4. Gymnasiums in Kischinew statt, auf der sich 45 Stimmen für die Hebraisierung des Gymnasiums aussprachen. 3 waren für jiddisch und weitere 3 enthielten sich der Abstimmung.

Siebenbürgen.

— Wie das Komitee der Jüd. Delegationen mitteilt, fahren die rumänischen Beamten trotz des Friedensvertrages, der die nationalen Minoritätsrechte proklamiert und der feierlichen Deklarationen seitens verschiedener rumänischer Staatsmänner fort, die Juden, die rumänisches Territorium bewohnen, systematisch zu verfolgen. So erlässt die jüd. nationale Union Siebenbürgens einen Alarmruf, wegen der Massenausweisungen, deren Opfer jüd. Familien sind, die seit Jahrzehnten auf diesem Territorium wohnen, das kürzlich Rumänien angeschlossen wurde.

— Seit die Klausenburger Judenheit die Bauaktion energisch in die Hand nahm, (s. „J.P.Z." Nr. 113) haben die Judenausweisungen aus Klausenburg nicht nur im Prinzip, sondern auch in der Praxis aufgehört.

— Anfang Okt. wurde das jüd. Lyzeum in Grosswardein mit einem feierlichen Gottesdienst durch Oberrabb. Kecskeméti und dem Direktor des Lyzeums Dr. Arpad Hegedüs eröffnet. Die Zahl der Schüler beträgt 200, darunter auch Nichtjuden. Unterrichtssprache ist vorläufig Ungarisch, nach 10 Jahren wird jedoch, laut Ministererlass die hebräische Sprache eingeführt werden.

— In einem am 6. Okt. vom Misrachi in Grosswardein abgehaltenen Propaganda-Meeting, hielten 5 Redner Ansprachen, worauf an Ort und Stelle namhafte Beträge für die Zwecke des Misrachi gezeichnet wurden.

— Die für Mitte Oktober nach Cluj einberufene Jahreskonferenz der Zionisten Siebenbürgens wurde auf Mitte November verschoben.

Jugoslavien.

— Aussenminister Dr. Trumbic versicherte Generalsekretär Landman, der bei ihm intervenierte, dass er alles unternehmen werde, um die den durchreisenden Palästina-Auswanderern sich in Jugoslavien entgegenstellenden Hindernisse zu beseitigen.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Am 12. Okt. erschien das Präsidium des Jüd. Nationalrates, bestehend aus Dr. Singer, Markus Ungar und Arthur Kauders und der Präs. des mährischen Landesvolksrates, Dr. Sonnenfeld, bei Ministerpräsident Cerny mit dem sie aktuelle jüd. Fragen erörterten und bestimmte Vorschläge unterbreiteten. Insbesondere besprochen wurden Wahlrechtsfragen, speziell die Wahlen in Karpatho-Russland, ferner Schulfragen, Aufenthaltsbewilligung und Inskription ostjüd. Studenten, die Verhältnisse in der Slovakei, die Durchwanderung der Amerika Immigranten und die endgültige Regelung des Flüchtlingswesens. Der Ministerpräsident, der sich bereits vollkommen orientiert erwies, zeigte volles Verständnis für die vorgebrachten Wünsche, deren Berücksichtigung er bei der Entscheidung über die vorerwähnten Angelegenheiten versprach.

Ungarn.

F. - Die katastrophale Lage der Juden in Ungarn hat sich in keiner Weise geändert. Nachrichten über fortgesetzte Exzesse treffen stets wieder ein. Die „Erwachenden Magyaren" und ihr radikaler Flügel, die „Erwachten Magyaren" benutzen jeden Anlass, um die Sicherheit der Juden zu bedrohen. Vor kurzem hielten sie, trotz polizeilichem Verbot, eine Versammlung ab, nach welcher sie in das Innere von Budapest zogen und einen regelrechten Pogrom veranstalteten, bei welchem gegen 100 Juden verletzt worden sein sollen. (Siehe „J.P.Z." Nr. 113.) Vor einigen Tagen exzedierten wiederum Mitglieder der „Erwachenden Magyaren" im Clubcafé in arger Weise gegen die anwesenden Juden, die sie beraubten und verprügelten, nachdem sie das Lokal demoliert hatten. Wie planmässig dabei vorgegangen wird beweist die Tatsache, dass vorher das Telephon in der Zentrale abgestellt worden war, sodass polizeiliche Hilfe nicht herbeigeholt werden konnte. Einzelfälle von Ermordungen und Beraubungen von Juden in der Provinz kommen immer wieder vor und die Fälle, in denen bei ermordet vorgefundenen Juden behördlich „Selbstmord" als Todesursache festgestellt wird, sind typisch. Trotz aller Bemühungen der strengen Zensur finden die Nachrichten über die Exzesse doch den Weg ins Ausland. Man ist darum auf den Ausweg verfallen, die jüd. Position auf dem Wege der Gesetzgebung zu untergraben. Jedes neu geschaffene Gesetz und jede Verfügung hat ihre Spitze gegen die Juden. Als Beispiel sei nur das Gesetz über den numerus clausus erwähnt. Die jüd. assimilatorischen Finanzmagnaten werden allerdings von dieser Lage der Dinge nicht berührt und fahren in ihren würdelosen Anbiederungsversuchen an den magyarischen Chauvinismus fort. So wurden von ihnen letzthin an den hohen Feiertagen im Tempel in der Tabakgasse sehr bedeutende Beträge für ungarisch nationale Zwecke gespendet.

Oesterreich.

— Bei den am 17. Okt. stattgefundenen Wahlen in die Nationalversammlung konnten die Jüdisch-Nationalen ihren Besitzstand nicht erhalten. Durch eine, ausschliesslich zwecks Benachteiligung der kleineren Parteien vorgenommene Aenderung des Wahlgesetzes, wonach Listenkoppelung nicht gestattet ist, wurde den kleineren Parteien fast jede Chance genommen, ihre Kandidaten durchzuführen, da sie gleich im ersten Wahlgange hätten den Wahlquotienten erreichen müssen. Allerdings wären ihnen dann die im ganzen Reiche auf ihre Liste abgegebenen Stimmen zugerechnet worden, sodass sie dann, bei Erzielung eines einzigen Mandates im ersten Wahlgange, es eventuell auch auf mehrere Abgeordnete hätten bringen können. So kam es, dass die jüdisch-nationale Liste mit Rob. Stricker an der Spitze diesmal, obwohl sie im vierten Wahlkreise (Leopoldstadt) allein gegen 10,000 Stimmen gegen nur 6,600 bei der vorigen Wahl, und in ganz Wien über 18,000 Stimmen auf sich vereinigte, um einige hundert Stimmen in der Minorität blieb und leer ausging. Wie fast stets, waren es auch hier wieder Juden, die die Juden um die ihnen gebührende Vertretung brachten, diesmal in der Person von Schwarz-Hiller, der, obwohl er selbst erklärte, nicht die geringsten Aussichten auf ein Mandat zu haben, starr an seiner Kandidatur festhielt und so die Stricker zum Siege fehlenden Stimmen abzog.

Wien. - F. - Boris Goldberg, der gegenwärtig in Wien weilt, um an der Realisierung eines bestimmten industriellen Projektes für Palästina mitzuwirken, äusserte in einem Kreis von Interessenten seine Ansichten über die Perspektiven der Industrie in Palästina. Seiner Meinung nach werde sich in Palästina nicht nur infolge der Einwanderung, sondern auch durch den Reiseverkehr ein aufnahmefähiger Markt entwickeln, der auch der Privatinitiative auf industriellem Gebiete viele Möglichkeiten bieten wird. Für die erste Zeit komme ganz besonders die Bauindustrie in Betracht, und solle dahin gearbeitet werden, dass die notwendigen Materialien im Lande selbst erzeugt werden. Dies könnte schon jetzt in bezug auf Ziegel geschehen; auch Steinbrüche könnten betrieben werden, und sollte die Einfuhr sich nur auf Rohstoffe und höchstens Halbfabrikate erstrecken, die im Lande selbst verarbeitet werden sollen. Das schwerste Hemmnis für die Bautätigkeit, das Fehlen von Baukrediten müsse auf alle Fälle beseitigt werden. — Angesichts des Mangels an hebräischen Büchern aller Art in der ganzen Welt, habe die Etablierung von Buchdruckereien und Verlagen gute Aussichten. Ebenso kämen in Betracht die Konfektions-, Perlmutter-, Holz- und Zigarettenindustrie, wie auch die Schiffahrt, für welche bereits bestimmte Projekte vorliegen und der Ausbau des Hotelwesens. Schon mit relativ kleinem Kapital könnte die Gewinnungg von Meersalz betrieben werden. Bei gebesserten Verbindungen wäre ein ausgedehnter Rosinenexport möglich, wodurch der Weinbau stark belebt würde, ähnlich sei es in bezug auf die Verarbeitung von Oel und Sesam. Jedoch seien Hypotheken- und Industriebanken für den Ausbau der industriellen Tätigkeit unbedingt erforderlich.

Deutschland.

Berlin. - R. - Am 11. Okt. fand in Berlin die Sitzung des Zentralkomitees und die Generalversammlung des „Hilfsvereins der deutschen Juden" statt. Der Vorsitzende, Dr. James Simon betonte, dass infolge der geänderten politischen Verhältnisse der Hilfsverein das Schulwerk in Palästina aufgeben musste, das der Zionist Commission unterstellt wurde, die für Weiterführung des Unterrichtes sorgt. Der Besitzstand an Gebäuden etc. wird zur Deckung der Verbindlichkeiten realisiert werden. Auch das Technikum in Haifa, das während des Krieges im Wege der Liquidation vom Hilfsverein erworben worden war, wurde zu Beginn des Jahres 1920 der Zion. Kommission gegen Erstattung der Auslagen und Uebernahme der Verbindlichkeiten überlassen; es wird auch unter dieser neuen Leitung seine wichtige Bestimmung für den Orient hoffentlich erfüllen. Das Schulwerk in Konstantinopel wurde bis nach der Besetzung der Stadt durch die Entente erhalten, musste aber dann ebenfalls aufgegeben werden und wird aus eigenen Kräften und unter amerikanischer Unterstützung fortgeführt. In Rumänien, Bulgarien und Griechenland musste das Schulwerk schon während des Krieges liquidiert werden. — Generalsekretär Dr. Bernhard Kahn erstattete den Rechenschaftsbericht, aus dem hervorgeht, dass der Hilfsverein im Jahre 1919/20 auf den verschiedenen Gebieten seiner Tätigkeit anderthalb Millionen Mark verausgabt hat. Seit Kriegsbeginn hat er aus Eigenem sechseinhalb Millionen Mark aufgewendet und 65 Millionen Mark als Vermittlungsstelle überwiesen. Als das zentrale Problem der künftigen Tätigkeit bezeichnet Dr. Kahn das Auswanderungsproblem und die Ostjudenfürsorge. In dieser Hinsicht ist insbesondere die gemeinsam mit den andern Organisationen erfolgte Gründung des Arbeiterfürsorgeamtes zu erwähnen. — Zum Schluss hielt Dr. Paul Nathan eine Rede, in der er die Gründe darlegte, die zur Aufgabe des paläst. Schulwerkes geführt haben. Nathan betont, dass auch früher diese Tätigkeit nur zum Nutzen der orientalischen Juden geführt wurde, für die die deutsche Sprache damals wichtig war zur Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen etc. Heute sind die Verhältnisse anders, der Hilfsverein musste seine führende Stellung aufgeben, wird aber auch in Hinkunft

stets bereit sein, an der Arbeit für den Orient mitzuhelfen. Redner schildert die katastrophale Lage im Osten Europas; der Hilfsverein kann politisch den Juden nicht helfen, sei aber als Verbindungsstelle für die besonders von Amerika ausgehende Hilfsaktion von Bedeutung.

— R. — Das Arbeiterfürsorgeamt der jüd. Organisationen Deutschlands, das sich mit dem politischen Schutz der ostjüd. Arbeiter befasst, hat bereits in vielen Teilen Deutschlands Zweigstellen gegründet, die neben der politischen Vertretung der Ostjuden und neben Fürsorgefunktionen insbesondere den Arbeitsnachweis und Vermittlung von Arbeitsstellen in verschiedenen Industrien besorgen. Solche Zweigstellen bestehen derzeit in Allenstein, Königsberg in Pr., Kattowitz, Myslowitz, Beuthen, Dresden, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Bochum und Duisburg.

Die neueste Taktik der alldeutschen Hakenkreuzritter ist der Ueberfall jüdischer Gelehrter und Forscher. Zu beispielloser Ausschreitung kam es jüngst in München, gelegentlich eines Vortrages des bekannten Arztes und Naturforschers, Dr. Magnus Hirschfeld. Die antisemitischen Studenten drangen in die Versammlung, warfen dort Stinkbomben und überfielen nach Schluss der Versammlung den Vortragenden mit Knüppeln, so dass er verletzt und bewusstlos zusammenbrach und in die Klinik gebracht werden musste. Das einige Tage später verbreitete Gerücht, dass Dr. Hirschfeld seinen Verletzungen erlegen sei, veranlasste den sozialdemokratischen Parteitag in Cassel, eine Resolution anzunehmen, die mit aller Schärfe die Ausschreitungen der deutsch-völkischen Kreise brandmarkt und „die Verantwortung für die wüsten Ausschreitungen, die Deutschland in aller Welt besudeln, von sich weist." Das Gerücht vom Tode des Insultierten erwies sich jedoch als unrichtig.

Danzig.

— Die Botschafterkonferenz berät derzeit die Frage der Verfassung Danzigs. Dies ist auch für die Juden von ausserordentlichem Interesse, weil dabei die Möglichkeit der Erlangung der Staatsbürgerschaft für die in Danzig seit langen Jahren ansässigen Juden besprochen werden soll. Der Danziger Verfassungsentwurf will diesen Juden die Staatsbürgerschaft nicht geben und droht ihnen sogar die Ausweisung. Das Komitee der Jüd. Delegationen hat in dieser Angelegenheit dem Sekretariat des Völkerbundes ein Memorandum überreicht.

Frankreich.

Paris, 19. Okt. - J. - Die Exekutive der jüd. Welthilfsorganisation geht jetzt daran, das notwendige Material für eine genaue statistische Durcharbeitung des gesamten jüd. Hilfswerkes und der jüd. Notlage zu schaffen. Zu diesem Zwecke gibt sie ein Bulletin heraus, dessen erste Nummer in jiddisch Ende Okt. erscheint. Eine englische Ausgabe soll folgen. Zum gleichen Zweck wendet sich die Exekutive an alle Hilfsorganisationen mit einem detaillierten Enquetebogen.

Dr. Weizmann weilte in dieser Woche einige Tage in Paris. Es scheint, dass die finanziellen Verhandlungen, mit denen er sich befasst hat, einen günstigen Verlauf nehmen.

Sokolow hatte eine Unterredung mit dem rumänischen Minister Take Jonescu anlässlich dessen Anwesenheit in Paris. Bei dieser Gelegenheit besprach Sokolow die Frage der Ausweisung der Juden aus Siebenbürgen und der Bukowina. Take Jonescu versprach, genaue Erkundigungen einzuziehen und evtl. auf Abhilfe zu dringen.

Nach Nachrichten, die aus Oberschlesien kommen, hat sich dort die Lage der jüd. Flüchtlinge gebessert. In den Ausweisungen ist ein Stillstand eingetreten. Auch ist es der Mehrzahl der Flüchtlinge gelungen in produktiv manuellen Berufen, wie in Bergwerken und anderen Arbeit zu finden.

— Auf Grund der Intervention Sokolows beim Chef der Entente-Kommission in Oberschlesien hat das Komitee der Jüd. Delegationen die Nachricht erhalten, dass die Ausweisungen der jüd. Flüchtlinge aus Oberschlesien, deren Zahl gegen 2000 beträgt, eingestellt worden seien. Den Flüchtlingen droht jedoch jetzt eine zweite Gefahr, — eine ökonomische —, da laut Befehl des deutschen Demobilisierungskommissärs bei Zuweisung von Arbeitsmöglichkeiten, die demobilisierten Soldaten den Vorzug geniessen. Es ist zu befürchten, dass infolgedessen die jüd. Flüchtlinge, die grösstenteils in den Kohlengruben Arbeit gefunden haben, ihre Posten verlieren würden.

— Minister Soloweitschik ist am 18. Okt. aus London in Paris eingetroffen. Gemeinsam mit Dr. Rosenbaum, dem Präs. des Jüd. Nationalrates in Kowno, der sich schon seit einiger Zeit in Paris befindet, hatte er mit Sokolow und Motzkin längere Besprechungen.

— An Stelle von Generaldirektor Julius Goldman, der nach Amerika zurückkehrt, wird Leutnant Becker die Leitung des Pariser Joint Büros übernehmen.

— Das Mitglied der Exekutive der jüd. Welthilfs-Organisation, L. Bramson, ist von seiner Reise nach Litauen zurückgekehrt und nimmt an den Arbeiten der Exekutive nunmehr vollen Anteil. Der Generalsekretär der Exekutive, Dr. A. Salkind, befindet sich noch auf seiner Reise in Litauen. Er wird in kürze zurückerwartet.

Paris. - H. - Im Pariser „Le Populaire" vom 9. Okt. veröffentlicht Jean Longuet einen Leitartikel, betitelt „Das Wiedererwachen des Antisemitismus", worin auf dessen Ueberhandnehmen in der ganzen Welt hingewiesen wird. Er erwähnt nicht nur die klassischen Länder des modernen Antisemitismus, Ungarn und Polen, sondern auch die Haltung der englischen „Morning Post" und den Versuch der „Action Francaise" in Frankreich die alte Presshetze der „Libre Parole" wieder aufzunehmen. Zuletzt kommt er auf die letzten bestialischen Manifestationen in Tunis zu sprechen, wo durch trunkene Soldaten Juden überfallen und getötet, jüd. Mädchen und Greise entkleidet und mit der Reitpeitsche geprügelt wurden. Der Sozialist Robert Louzon, der als verantwortliche Urheber dieser Schändlichkeit die Offiziere dieser Soldaten, die fleissige Leser der royalistischen Zeitungen sind, angezeigt hat, wird infolge dieser seiner Tat in wenigen Wochen vor dem Kriegsgericht in Tunis erscheinen, wegen „Beleidigung der Armee". All dies erinnere an die fernen Zeiten der Affäre Dreyfus.

England.

Ein Schreiben Herbert Samuels.

Auf der am 17. Okt. abgehaltenen Versammlung des Board of Deputies, wurde ein Schreiben Samuels verlesen, in dem es u. a. heisst:

Die politische Lage in Palästina ist sehr günstig. Ich betrachte die Lage in Palästina als viel zufriedenstellender, als ich es mir vor meinem Dortsein hatte vorstellen können. Es bereitet mir Freude zu sehen, wie alle Teile der Bevölkerung zu einem Einverständnis gelangen und Harmonie und gute gegenseitige Beziehungen für ihr weiteres Zusammenleben schaffen. Nach vielen Richtungen hin unternehmen wir es, die ökonomische Entwicklung des Landes zu stärken, um eine feste Basis für dessen zukünftige intellektuelle Leben zu schaffen. Damit wir den gewünschten Erfolg erzielen, muss man auf grosse und aktive finanzielle Unterstützung seitens aller Juden der Welt rechnen können, wozu die engl. Juden sehr viel beitragen sollten. Es ist dies eines der grössten Notwendigkeiten und bin ich sicher, dass der Board all' seinen Einfluss aufbieten wird, um in diesem Sinne zu wirken, und dass wir die nötige Unterstützung erhalten werden. Gleichzeitig kann ich mitteilen, dass die Administration ihren Pflichten mit Treue und Fleiss nachkommt und ihre grosse verantwortliche Aufgabe erfüllt.

Der Brief Samuels wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Sodann wurde ein Schreiben Minister Soloweitschiks verlesen, in dem um Schutz für die litauischen Juden ersucht wird. Das Schreiben wurde dem Foreign Committee übergeben. Das Foreign Committee berichtete auch über die Anstrengungen zur Verbesserung der Lage der nichtenglischen Juden, wobei Lucien Wolf sich auch über die Wirkung der Minoritäten-Schutzgesetzgebung äusserte. Bisher seien die betreffenden Klauseln nur in Polen ratifiziert worden und könne man also noch nichts über ihre Rückwirkung auf die Lage der Juden äussern. Leider dürfte gerade in Ungarn der Vertrag erst gegen Mitte November in Kraft treten.

— Die für den 20. Sept. einberufene Massenversammlung (s. „J.P.Z." Nr. 110) auf der Weizmann Bericht erstatten sollte, wird nun am 25. Okt. stattfinden. Vorsitzender dürfte der Minister für öffentliche Arbeiten, Sir Alfred Mond, sein.

— In der „Jewish Times" vom 15. Okt. wendet sich Jabotinsky in einem Artikel „Erez Israel, die Amerikaner und die Führer" gegen den Versuch, die Verantwortung für das Versagen der Londoner Konferenz auf die Amerikaner abzuwälzen. Nicht die Amerikaner, sondern politische Kurzsichtigkeit, oder richtiger gesagt die Versklavung des gesunden politischen Gedankens an die diplomatischen Bedürfnisse brachten uns zu den traurigen Ostervorfällen, zu einem Mandate, das falls nicht noch Aenderungen zur Besserung vorgenommen werden, die ganze praktische Bedeutung der Balfourdeklaration und des Beschlusses von San Remo zunichte macht und zum Absterben der jüd. Legion. In Palästina selbst wurden bedeutende Summen ausgegeben, ohne dass eine einzige gesunde Institution geschaffen worden wäre, ausser der Hadassa, die nicht in die Kompetenz der offiziellen Leitung fällt. Wenn auch der Plan der amerikanischen Delegierten vielleicht kein richtiger ist, sei er zumindest in der Kritik richtig gewesen. Für ein derartiges „Bauen" können nicht einmal im reichen Amerika Mittel gesammelt werden. Falls in Amerika selbst Brandeis grosser Opposition begegnet, sollen wir von aussen nicht versuchen, auf diese inneren Verhältnisse einzuwirken. Auch eine andere Leitung in Amerika wird nichts erreichen, so lange dort ein jeder weiss, dass in London und Jerusalem noch dasselbe System herrscht. Das speziell in Amerika herrschende Gleichgewicht, zwischen den sog. Westlern und Oestlern, das für unsere Bewegung so notwendig ist, könne durch eine Agitation von aussen nur gestört werden. Der Jischub dürfe also nicht für Umwälzungen agitieren, sondern Verständigung mit ihnen, direkt ohne jeden Vermittler suchen und seine Geschäfte allein führen — in Jerusalem, in London und auch in Amerika. Die Delegiertenversammlung möge Leute nach Amerika schicken, die sich nicht mit Propaganda, sondern mit Aufklärung über die Lage in Palästina befassen und auch die amerikanischen Verhältnisse begreifen. Falls der Jischub — schliesst Jabotinsky seinen Artikel — auf einen Rat der Führer warten sollte, so sei ihm als einem, der in London sitzt und von abseits den Wirrwarr betrachtet, dessengleichen er noch nie gesehen habe, erlaubt die Warnung auszusprechen: Falls kein Wunder geschieht, zweifle er, ob die Hilfe von hier kommen wird.

— Professor Dr. H. Pick, Leiter der Misrachi Welt-Organisation ist am 11. Okt. vom Kontinent nach London zurückgekehrt. Da beschlossen wurde, das Londoner Zentralbureau nach Palästina zu verlegen, steht die Abreise Prof. Picks in den nächsten Wochen bevor.

Amerika.

— Die Exekutive des amerikanisch-jüd. Kongresses beschloss die unverzügliche Einberufung einer Konferenz, um zu beraten, was zu Gunsten der Juden in Polen unternommen werden könnte. Der politisch administrative Ausschuss wurde beauftragt, der amerikanischen Regierung das vorliegende Tatsachenmaterial zu unterbreiten und deren Intervention zu verlangen.

— Den Bemühungen des „Joint Distribution Committee" ist es endlich gelungen, die Möglichkeit der Aufnahme seiner Hilfstätigkeit in Soviet-Russland zu erwirken. Das „J. D. C." erhielt vom Staatsdepartement in Washington die Erlaubnis, auf Grund der s. Zt. Abmachung von Fisher und Pine mit der Soviet-Regierung, in Verkehr mit Russland zu treten, wobei auch erklärt wird, dass alles, was nicht für Kriegszwecke gebraucht werden kann, ausfuhrfrei ist. Das Staatsdepartement gestattet, dass amerikanische Bürger, d. h. die Vertreter des Joint, sich nach Soviet-Russland begeben, allerdings ohne Pässe und auf eigene Gefahr. Auf Grund dieser Erlaubnis hat das J. D. C. an seinen Vertreter für Russland, Frank Rosenblatt, gekabelt, sich nach Russland und der Ukraine zu begeben und dort die Leitung der Hilfstätigkeit für die Kriegs- und Pogromopfer zu übernehmen.

Erez Israel — Palästina.

— Gemäss dem türkischen Friedensvertrag wird der Völkerbundsrat eine spezielle Kommission zu wählen haben, um über den Ersatz der Schäden, die die Angehörigen der Ententestaaten während des Krieges erlitten haben, zu bestimmen. Alle, die weder türkische Untertanen, noch Angehörige der mit der Türkei verbündeten Staaten sind, müssen ihre Forderungen dieser Kommission gleich nach ihrem Zusammentritt vorlegen. Die Kommission wird auch zu entscheiden haben, ob diejenigen, die bis zum Krieg keine türkischen Untertanen waren und dann während des Krieges gegen ihren Willen eingebürgert wurden, ebenfalls das Recht haben, Schadenersatz von der türkischen Regierung zu fordern.

— Die Benutzung von Fahnen zu Partei- oder Propagandazwecken wurde verboten; für entsprechende Gelegenheiten können jedoch spezielle Erlaubnisse erteilt werden.

— Gleich nach den Feiertagen hat die Auswanderung aus Palästina mit erneuter Kraft eingesetzt. Anderseits wird berichtet, dass zahlreiche bereits Ausgewanderte, in Amerika grossen Schwierigkeiten begegnen und viele von ihnen gezwungen sind, nach Palästina zurückzukehren.

— Michael Feinstein und Nathan Fischelson kamen als Vertreter einer landwirtschaftlichen Vereinigung in Amerika mit grossem Kapital nach Palästina, um dort eine Fabrik für Früchte-Verpackungsmaterial zu gründen. Die Verpackung der Früchte soll durch Maschinen und nicht wie bisher durch Handarbeit geschehen, wodurch die ins Ausland exportierten Früchte vor Verderben geschützt werden. Die Fabrik wird mit dem Früchteverpacken beginnen und nachher auch andere Arbeiten, die der Konservierung der Landesfrüchte dienen, in Angriff nehmen.

— Der Waad der Jerusalemer Handelskammer ersuchte die Regierung um die Erlaubnis, dass Lastwagen wieder bis ins Innere der Stadt fahren dürfen um den Kaufleuten unnötige Ausgaben zu ersparen. Auf die Bitte der Handelskammer, Vorkehrungen gegen die häufigen Diebstähle zu treffen, erklärte die Eisenbahnverwaltung, dass, so lang die Bahnen unter militärischer Verwaltung stehen, jede Neuordnung unmöglich sei. Man erwartet, dass im Okt. auch die Eisenbahnen unter Zivilverwaltung kommen.

— Nachdem die Regierung erklärt hatte, dass die Stadtgemeinde in Jerusalem ebenso wie Private kein Recht habe, ihre Läden öffentlich zu verpachten, hat die Gemeinde die vorjährigen Mieten um 10 Prozent

erhöht. Auf den Einwand der Mieter, dass ihr jetziger Mietzins doppelt so hoch als vor dem Kriege sei und dass dies dem Mietschutzgesetze widerspreche, gab der Stadtvorstand keine positive Antwort, worauf sich die Mieter mit einer diesbezgl. Eingabe an die Regierung wandten.

— Die Verbreiterung der Zufahrtstrasse zur Bahnstation in Jerusalem, die für den regen Wagenverkehr zu schmal ist, wurde in Angriff genommen.

— Kalmi, Chefredakteur der franz. Zeitung „La Syrie" in Beyruth, der vor seiner Abreise vom franz. Oberkommandierenden, Gouraud, wichtige Deklarationen über Frankreich und den Zionismus erhielt, ist in Jerusalem eingetroffen.

— Die Diebe in Jerusalem verschonen nicht einmal die Regierungsbeamten. So drangen sie am 6. Okt. in die Wohnung des Privatsekretärs des Oberkommissärs, Nurock, ein, wo sie einen Koffer mit Kleidungsstücken entwendeten.

— Chiefrabbi Kuk forderte in einem öffentlichen Aufruf die Judenheit Palästinas auf, die Postämter am Samstag nicht zu besuchen, da dies der Heiligkeit des Sabbaths widerspreche.

— Ein Adressbuch für das Jahr 5681 wird in Jerusalem herausgegeben, von dem der Teil über die jüd. Anstalten bereits gedruckt vorliegt. Die weiteren Teile sollen demnächst folgen.

— Der von der zion. Kommission herausgegebene erste hebräische Palästina Baedeker, der 244 Seiten stark ist und zahlreiche geographische Karten und Illustrationen enthält, ist erschienen.